

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Eheblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Gesetzblätter
Nr. 29.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 129.

Sonnabend, 6. Juni 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Einzeljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Großenhain oder durch Jantzen-Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter des selben Postamts 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 60 Pf. Ausgabe-Tarife für die Nummer des Ausgabetages bis Sonntag 9 Uhr ohne Geltung.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Kirschenpflanzungen an der
Scheun-Döbelner Straße, Abtheilung 3 (Glauchauer Straße),
Wechhause-Riesaer Straße und
Riesa-Strehlaer Straße

sollen
Freitag, den 12. Juni 1. J. von vormittags 11 Uhr an
im Gasthause zum "Winterhafen" in Gräbs
im Wege des Meistgebotes und gegen sofortige Saargeldung, sowie unter den vor Beginn
der Verpachtung bekannten zu gebenden sonstigen Bedingungen öffentlich verpachtet werden.
Meissen, am 30. Mai 1896.

Königliche Straßen- und Wasserbauinspektion II. Königliche Bauverwaltung.
Friedrich. R.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Kirschenpflanzung der Nördnerau Pflanzung (1630) trogende
Bäume vorzüglicher Sorten soll

Donnerstag, den 11. Juni d. J., vormittags 11 Uhr
im "Waldschlößchen" zu Nördnerau unter den zuvor bekannt zu gebenden Bedingungen
meistbietend verpachtet werden.

Auswärtigen Bietern ist nachgelassen, ihre Gebote schriftlich an die unterzeichnete Bauin-
spektion einzureichen; diese Gebote müssen jedoch spätestens vormittags 8 Uhr genannten Tages
hier eingehen.

Riesa, am 27. Mai 1896.

Königliche Eisenbahn-Bauinspektion.

Die dritte

Berathung des Börsengesetzes,

die gestern begann, hatte die Tribünen des Reichs-
tags nicht gefüllt; im weiten Sitzungssaale selbst aber sah
es, besonders beim Beginn der Berathungen, recht leer und
 öde aus. Die Hauptkämpfer freilich waren alle auf dem
Plan: rechts die Abg. Graf Ranft, Gamp, Graf von Ar-
nim, von Viebemann; links: Freese, Dr. Barth, Richter.
Mit größerer Spannung sah man aber auf den Abg. Singer,
der als einer der Ersten im Saale erschien, und auf
den Abg. v. Bloey, der ein langes bereiter Gegner, auch nicht
lange auf sich warten ließ. Hatte Singer dem Führer des
Bundes der Landwirthe bei der zweiten Besuchung, als man sich
über das Verbot des Terminhandels stritt, doch vorgeworfen,
er habe selbst an der Börse spekuliert. Der Schluss der De-
batte hatte Herrn v. Bloey damals nur Zeit zu einer kurzen
Erwiderung gelassen; doch hatten sich die Kämpfer zugelagt,
sich bei der dritten Besuch nochmals zu bezeugen. Am Tisch
des Bundesrats saß Anfangs nur Frhr. v. Berlepsch und
der Reichsbankpräsident Dr. Roth, später erschien auch Herr
von Bötticher und gegen halb vier auch der Reichskanzler
Fürst zu Hohenlohe. Die Debatte bot Anfangs wenig Interessantes. Der Abg. Gamp, der in der Kommission, an
die der Entwurf nach der ersten Besuch verwiesen war, als
Vorsitzender gewählt hatte, unterzog sich der Mühe, nochmals
alle Befürchtungen, die in den Interessentenkreisen gegen die
Staatsaufsicht, das Börsenregister und gegen den Termin-
handel erhoben waren, zu widerlegen. Herrn Freese hatte
er natürlich nicht überzeugen können. Der freimüttige Ver-
treter Bremens erklärte vielmehr wiederholst, daß er sich durch
die Staatsaufsicht in seinem Ehrgefühl als Kaufmann bitter
geträumt fühle; und „an allen diesen beiden sind die Agrarier
schuld.“ Dann hielt Graf Arnim eine lange Rede, durch
die er die Linie über die Vortheile auszuläutern versuchte, die
das Verbot des Terminhandels für alle Nicht-Börsianer mit
sich bringe werde. Graf v. Arnim hatte die Aufmerksam-
keit des Hauses, das sich allmählich mehr gefüllt hatte, nicht
zu fesseln vermocht. Nach ihm sprach Singer. Er erklärte,
die Sozialdemokraten nähmen der Börse gegenüber noch wie
vor dieselbe Stellung ein. Nur das Verbot des Börsen-
Terminhandels aber zwinge sie, aus rein wirtschaftlichen
Gründen (Brodertheuerung) gegen das ganze Gesetz zu
stimmen. Die Regierung habe nur aus Rücksicht auf die
Agrarier ihre Haltung in der Terminhandelstrafe geändert.
Die Leute, die vor der Börse ein sittliches Grauen empfin-
den, sollten sich dann wenigstens auch von der Börse fern-
halten. Des Grafen v. Ranft Haut würde storzen, wenn
er die Register der Börsenbankiers einsehen würde. Herr
v. Kardorff werde ihm darüber wohl Auskunft geben können.

So lange die Herren bei der Spekulation Geld verdient
hätten, wären sie ganz still und zufrieden gewesen. Dann
kam Singer auf den Fall von Bloey. Er habe neulich
gesagt: Herr v. Bloey sehe in Spekulationsbeziehungen zu
dem Bankhaus Jean Frankel; heute sage er: Herr v. Bloey
stand in Spekulationsverbindungen mit jener Bank. Cho-
und Aharne rechts! Singer meinte darauf, das sei ganz
egal; Hauptfache sei, daß Herr v. Bloey überhaupt spekulirt
habe. Er habe Herrn v. Bloey nicht zu nahe treten wollen,
sondern nur beweisen, daß Herr v. Bloey kein Recht habe,
aber das sündige Treiben an der Börse betrieben zu
schreiben. Lebriegen habe Herr von Bloey noch im Jahre
1894/95 bei Max Arnold in Getreide spekulirt. Begreif-
licher Weise erregten diese Ausführungen, die auf der Linken
überaus beifällig aufgenommen wurden, auf der Rechten grohe
Unruhe. Der folgende Medner, Dr. Paasche, stand unter
der Spannung, mit der man der Antwort des Abg. von
Bloey entgegengah, kaum Gehör, obwohl er manch kräftiges
Wortchen über die Entrüstung der Börsianer und über das
Börsenregister sprach. Medner wurde aufgefordert: von
Bloey soll reden! aber die Reihenfolge der Rednerliste mußte
immer gehalten werden. Dr. Paasche konnte Herrn Freese
abrigens mittheilen, daß der Verein der Bremer Getreide-
händler das Verbot des Getreide-Terminhandels mit Freude
begüßt hätte. Unterwegs sprachen die Führer der Konser-
rativen, namentlich Frhr. v. Mantua, lebhaft auf Herrn
v. Bloey ein, der unter lautloser Stille des Hauses nach Dr.
Paasche das Wort erhielt. Herr v. Bloey erklärte: nicht
das einzelne Spekulationsgeschäft hätten er und seine Ge-
fährten gegenständlich bekämpft, sondern den Druck der Börse auf
die Spekulation. Die einzelne Spekulation sei nicht ver-
boten gewesen und jeder habe wohl einmal spekulirt. Seine
Geschäftsverbindung mit Jean Frankel könne nur durch Ver-
trauensbruch bekannt geworden sein. Das Bankhaus habe
ihm beigelegt, daß es seit 1881 mit ihm keine Börsengeschäfte
abgeschlossen habe. Diese Erklärung wurde von der Linken
durch Gelächter und Zwischenrufe wiederholt unterbrochen.
Was den Fall Arnold anlangt, so sei es richtig, daß er mit
der Firma einen kleinen Versuch im Spekuliren zur Orientie-
rung gemacht habe, um die Sache kennen zu lernen. Es
sei ein Vertrauensbruch, daß der Fall in die Öffentlichkeit
gekommen sei (Gelächter) und der Reichstag stehe eigentlich
zu hoch, als daß man in ihm derartige persönliche Angriffe
vorbringe. Abg. Träger (rl. Ver.) trat gegen das Gesetz
ein. Abg. Bächem (Gr.) legte, gegen den Abg. Singer
polemisch, nochmals seine bei der ersten Besuch ausge-
sprachene Ansicht von der Verderblichkeit des Getreide-
handels dar. Darauf vertagte das Haus die Weiterberatung
auf heute Sonnabend.

Feuerwehr betreff.

Das freiwillige Feuerwehr-Corps, die Wachmannschaft, sowie die Mannschaft der
Grenzereserve der Feuerwehr zu Riesa haben am
Montag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr

am Spritzenhaupten pünktlich einzufallen.

Die Uniform und Ausrüstungsstücke sind anzulegen. Begründete Entschuldigungen sind
vorher beim Branddirektor, Schulstraße No. 11, abzugeben.

Auf § 28 der Feuerordnung wird aufmerksam gemacht.

Riesa, am 5. Juni 1896.

Der Feuerlöschhausschuh.

Wenzel Heider, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft wird die bereits in Nr. 123
des Riesaer Amtsblattes bekannt gemachte Sperrung des Henda-Kobelner Comunica-
tionsweges vom 8. bis 12. Juni d. J. verlängert.

Henda, am 6. Juni 1896. Rühne, Gemeinde-Vorstand.

Bekanntmachung.

Montag, den 7. Juni d. J. sollen von Nachmittag 1/2 Uhr an die Führer
zum Wegebau im Strohbergerischen Gasthof hier selbst an die Mindestforderungen vergeben werden
Weida, am 2. Juni 1896.

Der Gemeindevorstand.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Da der Kaiser seine diesjährige
Nordlandsreise an Bord der Hoffjacht "Hohenzollern" antreten
wird, die in unmittelbarem Anschluß an die Regatten des
kaiserlichen Jachtklubs in Kiel die Nordseestrande besichtigt ist, wird
sich Se. Majestät nach Wilhelmshaven begeben, um dem
Stapellaufe und dem Taufakt des Panzer-Schiffes 1. Klasse
"Ernst Preußen" beizuwollen, das soweit fertig ist, um zu
Wasser gelassen zu werden. Da diese Feierlichkeit für uns eine
Flotte von hoher Bedeutung ist, darf angenommen werden,
daß auch das 1. Geschwader sich zu ihr nach Wilhelmshaven
begeben wird. Zur gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß
mit dem Kaiser gleichzeitig sich auch Prinz Heinrich auf der
Marinestation der Nordsee einfinden wird, um den Taufakt
des mächtigen Panzers mitzuerleben, da auch der Prinz wäh-
rend der Kieler Regatten wieder in Riel anwesend sein wird.
Wie gemeldet wird, trifft Fürst Bismarck Vorberatungen
zu einem längeren Sommeraufenthalt in Varzin.

Gouverneur Major von Wissmann weilt zur Zeit in
Konstanz und gedenkt eine Schweizerreise zu machen, nach
deren Beendigung er erst nach Berlin kommen wird. Sein
Urlaub läuft, wie verlautet, bis Ende August, so daß Herr
von Wissmann in vermutlich Ende September wieder auf sei-
nem Posten sein wird.

Aus dem Umstände, daß sich der bayerische Finanz-
minister vom Landtag zur Umwandlung der 4 prozentigen
in 3 1/2 prozentige Staatschulden bevolmächtigen lassen will,
läßt sich mit Sicherheit über die Absichten der bayerischen,
und wohl auch der Reichs- und preußischen Regierung, das
eine entnehmen, daß eine Herabsetzung des Binstufes auf
3 Prozent nicht gedacht wird. Im Übrigen braucht aus der
Vorlegung eines Konvertierungsgesetzes der Entschluß der Re-
gierung, vor dem nächsten Zusammentreffen des bayerischen
Landtages, der nach der herrschenden Uebung im Herbst 1897
erfolgen wird, zur Rentenumwandlung zu schreiten, nicht ge-
folgert werden. Gegenüber einer Angelegenheit, die unter
Umständen eine plötzliche Entscheidung gebietet und jedenfalls
die Wirkung eines Parlaments bei der Ausführung aus-
schlägt, ist es sicher zweckmäßig, den Regierungen, zumal sie
laut ihren Erklärungen in der Konvertierungfrage sich ihrer
ungerheblichen Verantwortung bewußt sind, freie Hand zu lassen.
Vermuthlich werden sich die deutsche und die preußische Re-
gierung mit demselben Verlangen wie Herr v. Riedel und
nicht mit Vorlagen, die die Konversion vorschreiben, an die
Parlamente wenden. Sie sind dann noch immer in der Lage,
die Maßnahme so lange zu unterlassen, bis sie die Ueber-
zeugung gewonnen haben, daß der gegenwärtige Binstuf ein
dauernder ist. Der Umstand, daß die Neigung, deutsche Ra-